

Brief aus Berlin



Der Streit innerhalb der Ampel nimmt überhand



© Foto: picture alliance / NurPhoto | Celestino Arca

In der ersten Sitzungswoche nach den Osterfeiertagen stand die Debatte um die Lieferung schwerer Waffen im Vordergrund. Vor allem innerhalb der SPD wird seit Wochen ohne Aussicht auf eine Einigung darüber gestritten. Dieser Druck aus der Partei würde erklären, warum aus dem Kanzleramt so lange keine eindeutigen

Signale gekommen sind. Jedenfalls ist durch das Zögern des Bundeskanzlers wertvolle Zeit verloren gegangen. Wir als Unionsfraktion haben daher die Notwendigkeit gesehen, über den parlamentarischen Weg endlich Klarheit darüber zu schaffen, welche Haltung wir als Land hinsichtlich des Krieges in der Ukraine einnehmen. Bereits vor Beginn der Sitzungswoche haben wir den Regierungsfractionen inhaltliche Vorschläge für einen gemeinsamen Entschließungsantrag zukommen lassen. Am 28.04.2022 hat der Deutsche Bundestag im Anschluss nach der Debatte mehrheitlich für den Antrag gestimmt.



© Foto: picture-alliance / Eibner-Pressefoto | Eibner-Pressefoto

Die tiefe Spaltung innerhalb der regierenden Parteien wurde bereits am 07.04.2022 durch das gescheiterte Vorhaben der Impfpflicht offen gelegt. Der Gesetzesentwurf aus den Reihen der Ampelfractionen wurde kurzfristig in eine Impfpflicht ab 60 Jahren umgeschrieben, doch auch diese Initiative fand keine Mehrheit im Bundestag. Ich war seit Beginn der Diskussionen kein Freund der allgemeinen Impfpflicht und auch der Großteil aus meiner Fraktion hat gegen den Antrag der Ampelregierung gestimmt. (Mehr Informationen zu diesen Themen auf Seite 2)

Diese Woche:

Seite 2:

Themen im Bundestag



Seite 3/4:

Rainer trifft...





Themen im Bundestag

Antrag „Frieden und Freiheit in Europa verteidigen – Umfassende Unterstützung für die Ukraine“

Die Bundestagsfraktionen der CDU/CSU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen sowie der FDP haben gemeinsam einen Entschließungsantrag erarbeitet und am 28.04.2022 mehrheitlich verabschiedet.

Die Unterstützung des Selbstverteidigungsrechts der Ukraine ist bedeutend für den Schutz von Frieden und Freiheit in Europa und auch die Suche nach einer diplomatischen Lösung. Die Lieferung von militärischen Gütern ist neben der humanitären und finanziellen Unterstützung der Ukraine und den umfassenden wirtschaftlichen und personenbezogenen Sanktionen gegen Russland sind hierbei ein zentraler Aspekt. Der Antrag enthält Bewertungen und Einschätzungen zu den Waffenlieferungen.

Diesen Antrag auf eine breite Mehrheit in der demokratischen Mitte des Deutschen Bundestages zu stellen, ist ein starkes Signal der Verantwortung für die Ukraine und der Geschlossenheit gegen den russischen Angriffskrieg. Mit großer Mehrheit von 586 Stimmen wurde dem Antrag zugestimmt.

Die Unionsfraktion hat in ihrer Rolle als größte Oppositionsfraktion konstruktiv dazu beigetragen und die Bundesregierung mit einem deutlichen Votum den Rücken gestärkt. Jetzt gilt es für die Entscheidungsträger, auf Grundlage des Antrages umgehend zu handeln.



Quelle: picture alliance/dpa | Michael Kappeler

Abstimmung über verschiedene Anträge und Gesetzesvorschläge zur Impfpflicht

Eine allgemeine Impfpflicht gegen Covid-19 wird es in Deutschland vorerst nicht geben. Keiner der Anträge, die dazu im Bundestag am 07.04.2022 beraten wurden, fanden eine Mehrheit.

Weil sich für keinen der Gruppenanträge eine Mehrheit abzeichnete, legten beide Gruppen kurz vor Toresschluss noch einen gemeinsamen Antrag für eine Impfpflicht ab 60 vor, die je nach Lage komplett zurückgenommen oder ausgeweitet werden kann. Dieses Verhalten bewerten wir als Unionsfraktion als unseriös.

Über die Reihenfolge der Abstimmung im Bundestag kam es noch zu einer Geschäftsordnungsdebatte. Denn die Koalition wollte von der langjährigen parlamentarischen Tradition abweichen, dass zunächst derjenige Vorschlag abgestimmt wird, der am weitesten vom rechtlichen Status quo abweicht – in dem Fall jener für die Impfpflicht ab 60. Indem

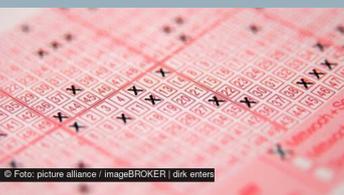
die Koalition den Vorschlag aus den eigenen Reihen zuletzt aufrufen lassen wollte, hoffte sie, auch Stimmen von Unionsabgeordneten einzusammeln.

Mit Blick auf den Herbst und Winter bleiben wir aber Gesprächsbereit und werben weiterhin für das Konzept einer Impfvorsorge. Damit wäre Deutschland gerüstet für den Fall, dass im Herbst gefährlichere Corona-Varianten auftreten und ein passender Impfstoff vorhanden sein sollte.

Beschluss: Neuverteilung des Rennwett- und Lotteriesteueraufkommens



Mit dem gestrigen Beschluss schaffen wir für die Länder die Grundlage, die Verteilung des Steueraufkommens aus dem Rennwett- und Lotteriegesetz zu ändern, indem wir eine zwingend notwendige Anpassung vom jährlichen Zerlegungsverfahren hin zum vierteljährlichen Zerlegungsverfahren vornehmen, mit dem Ziel, Schwankungen im jährlichen Kassenverfahren und unmittelbar verbundene Haushaltsdefizite der Länder zu vermeiden.



© Foto: picture alliance / imageBROKER | dkk entos

Ich sehe die jetzige Änderung als möglichen Hebel, andere Wettthemengebiete, wie die Einigung der Länder zur Buchmachersteuerrückerstattung für Veranstalter von Pferderennen, das Verfahren der von Totalisatoren anzupassen oder die Spielsucht effektiver zu bekämpfen, wie es im Glücksspielstaatsvertrag vereinbart wurde, voranzutreiben.

Meine Rede dazu können Sie [HIER](#) ansehen.



Rainer trifft...

... die britische Botschafterin Jill Gallard CMG



Am 27.04.2022 hatte ich ein Gespräch über die deutsch-britischen Beziehungen. Zu Besuch im Deutschen Bundestag waren die britische Botschafterin in Deutschland, Jill Gallard CMG sowie John Glen als Vertreter des Economic secretary to the treasury, also des dortigen Finanz- und Wirtschaftsministeriums. Wir haben auch die zukünftige finanzpolitische Zusammenarbeit besprochen. Vielen Dank für den guten Austausch.

... Vertreter der N26 Bank GmbH



Im Gespräch mit Greta Schulte und Dr. Jan Boehm von der N26-Bank war unter anderem Digital Banking und Echtzeitüberweisungen per App das Thema. Die Technologien, die im Bereich des Banking derzeit entwickelt und erweitert werden, sind beeindruckend. Gleichzeitig müssen wir ein Auge auf die Sicherheit der Daten der Anleger haben und gegen die Gefahr der Geldwäsche in diesem Bereich vorgehen.

... den Head of Tax von Siemens Healthineers



Im Austausch mit Roland Hummel von Siemens Healthineers haben wir uns über drängende steuer- und betriebswirtschaftliche Herausforderungen unterhalten. Die Kernkompetenzen der Firma liegen in der Medizintechnik, die sich im Zuge der Digitalisierung, der künstlichen Intelligenz und der Quantentechnologie weiter verändern wird.

... Vertreter der Raisin DS GmbH



Beim Besuch von Dr. Tamaz Georgadze (CEO) und Marc Roberts (General Counsel) haben wir die aktuellen Entwicklungen in der Finanzpolitik thematisiert. Als Anbieter für das Open Banking im Spar- und Anlagemarkt will Raisin DS weltweit den Zugang zu Spar- und Investmentprodukten erleichtern.



Rainer trifft ...

... Friedrich Merz in der Sitzung der AG-Finzen



In der vergangenen AG-Sitzung hat unser Fraktionsvorsitzender Friedrich Merz teilgenommen. Inhalt des Austausches mit dem Fraktionsvorsitzenden waren steuerliche Be- und Entlastung sowie die Frage nach einer umfassenden Steuerreform in dieser Wahlperiode, um unser Steuersystem an die derzeitigen sozialen und wirtschaftlichen Gegebenheiten anzupassen.

Weiterhin beschäftigten wir uns unter anderem innerhalb der AG-Sitzung mit dem Gesetzentwurf der Regierungsfractionen zur Änderung des Energiesteuergesetzes zur temporären Absenkung der Energiesteuer für Kraftstoffe und einer kleinen Anfrage an die Bundesregierung zum Kleinanlegerschutzgesetz.

Auch die Plenardebatten über das Rennwett-Lotteriegesetz, die Digitalisierung des Steuerrechts und die Sofortprogramme für Unternehmen waren Inhalt unserer wöchentlichen Sitzung.



... Schülerinnen der Ursulinen Realschule Straubing

Ich freue mich sehr, nach langer Corona-bedingter Pause wieder die erste Schulklasse im Bundestag in Berlin getroffen zu haben.

Im Gespräch konnte ich den Schülerinnen die Funktionsweise des Bundestages sowie meine Arbeit als Abgeordneter näher bringen. Ebenfalls hatte ich Gelegenheit, die Fragen der Schülerinnen zu beantworten. Es war eine tolle Gesprächsrunde und ich freue mich auf das Wiedersehen im Wahlkreis.



Für Sie erreichbar...

in Berlin:
 Deutscher Bundestag
 Platz der Republik 1
 11011 Berlin
 Telefon: 030 / 227 77420
 E-Mail: alois.rainer@bundestag.de

im Wahlkreis:
 Schulstraße 1
 94353 Haibach
 Telefon: 09963 / 943 9494
 E-Mail: alois.rainer.wk@bundestag.de